

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbarkreisverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hierauf Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklosterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.
Auswärtige 10 Pf., die Klein-
spaltige Hermondele.
maximal 15 Pf. die
Pettzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 284.

Samstag, den 4. Dezember 1909.

26. Jahrg.

Rundschau.

Zur Einigung der Linien.

Der Bitter-Ausschuss der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, der nach der Rekonstitutionierung der Fraktionen wie bisher aus den Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen und Dr. Wiemer (Freis. Vpt.), Schrader (Freis. Bg.) und v. Payer (Deutsche Bp.) besteht, setzte am Donnerstag die Beratung des gesamten Programms vollendet und wird demnächst in eine zweite Lesung desselben eintreten.

Die Stellung des Hansabundes zu der geplanten Aenderung der Zernsprech-Gebühren-Ordnung.

Am 29. November tagte im Hansa-Bund eine aus allen Kreisen von Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie zusammengesetzte Kommission zur Beratung der geplanten Aenderungen der Zernsprechgebühren-Ordnung. Es wurde einstimmig folgende Aeusserung beschlossen:

Der Zernsprecher muß ein Werkzeug des täglichen Verkehrs sein, hat jedoch in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Ländern, insbesondere zu Schweden, bei Weitem nicht die ihm gebührende Benutzung und Popularität gefunden, und zwar um desswillen, weil seine Benutzung bisher für die großen Kreise des Verkehrs, namentlich aber für das Mittel- und Kleingewerbe und das Handwerk sowie für Beamte und Haushaltungen, erheblich zu teuer gewesen ist.

Wir erkliden deshalb in der jetzt vorgeschlagenen Verteuerung dieses unentbehrlichen und technisch noch erheblich verbesserungsfähigen Verkehrsmittels eine Maßregel, welche nicht nur jene weiteren Kreise der Bevölkerung, sondern auch die Reichspostverwaltung selbst schädigen muß. Wir sind der Ansicht, daß die von dieser Verteuerung erwarteten Uebererträge eher durch eine Herabsetzung, als durch eine Erhöhung der Gebühren erzielt werden würden, und daß die dringend nötige Populartisierung des Zernsprechwesens erreicht werden kann durch eine überaus billige Grundtäre und eine sehr mäßige Gesprächsgebühr, die nicht durch Zähler, sondern nach Pauschsätzen festzusetzen wäre und eventuell auch nach Maßgabe der Benutzung gesteuert werden könnte.

Diese Aeusserung wird den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden und eventuell den Hansa-Bund noch weiter beschäftigen.

Witwen- und Waisenversicherung.

Dem Reichstag ist, wie gemeldet, ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 15 des Zolntarifgesetzes vom 25. September 1902 und des § 2 des Gesetzes be-

treffend den Hinterbliebenenversicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds vom 8. April 1907 zugegangen. Der Gesetzentwurf hat lediglich den Zweck, den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung durch eine entsprechende Aenderung des Zolntarifgesetzes bis zum 1. April 1911 hinauszuschieben, während bisher der 1. Januar 1910 dafür in Aussicht genommen war. Als Grund für diese Vertagung wird die Reichsversicherungsordnung vorgeschoben, deren Durchberatung ermöglicht werden soll, ehe die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft tritt.

So löst das Zentrum sein Versprechen ein! Ja, wenn es sich um eine neue Verbrauchssteuer oder eine neue agrarische Liebesgabe handelte! Aber mit Witwen und Waisen hat man es nicht so eilig. Das ist hier die „Charitas“!

Die Wahlen in Sachsen-Weimar.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar fanden am Donnerstag zum 1. Mal die direkten Wahlen zum Landtag nach der neuen Wahlordnung statt. Von den 23 Wahlkreisen waren bis abends 10 Uhr neun Resultate bekannt. Es wurden gewählt vier Sozialdemokraten, zwei Liberale, ein Nationalliberaler, ein Konservativer, ein Zentrumsmittglied. Aus den ländlichen Wahlkreisen sind die Wahlergebnisse erst morgen zu erwarten.

Zur parlamentarischen Lage in England.

In der Sitzung des Unterhauses vom Donnerstag teilte Premierminister Asquith sodann mit, daß er dem König angeraten habe, das Parlament sobald als möglich aufzulösen und daß der König diesen Rat angenommen habe. Wenn die Liberalen am Ruder bleiben würden, werde ihre erste Handlung sein, die in der Finanzbill enthaltenen Steuern mit Wirkung von dieser Woche weiter zu erheben und alle bisherigen Steuererhöhungen für regelmäßig zu erklären.

London, 2. Dez. Das Parlament wird morgen vertagt werden. Wie verlautet, werden die Neuwahlen zwischen dem 10. und dem 20. Januar n. J. stattfinden.

London, 2. Dez. Die Erklärung des Premierministers Asquith im Unterhause wurde mit 340 gegen 134 Stimmen angenommen.

Tages-Chronik.

Stadde, 2. Dez. Nach weiteren Nachforschungen ist es gelungen, heute nachmittags 28 000 Mark, die aus dem Fehden diebstahl stammen, aufzufinden. Das Geld war in einem Steintopf gelegt und in einem Garten vergraben worden.

Reichenberg i. S., 2. Dez. Die große Tuchfabrik J. Bangstein Sen. in Reichenberg und Großschwitz hat heute den Konkurs angemeldet; die Forderungen betragen 1 1/2 Millionen, die Aktiva sind gering.

Rom, 2. Dez. Nachdem heute Vormittag in die Kommission zur Beratung der neuen Steuerreform die Regierung 7 Oppositionelle und 2 Ministerstelle gewählt worden sind, hat Ministerpräsident Giolitti der Kammer den Rücktritt des Kabinetts angekündigt.

Loulon, 2. Dez. Das früher durch eine Explosion schwer beschädigte Panzerschiff „Jeno“ schlug heute, als es zur Reparatur nach Loulon geschleppt wurde, infolge Sturmes vor der Insel Porquerolles um. Es liegt in 10 Meter Wassertiefe auf Grund.

Washington, 2. Dez. Das Kriegsdepartement hat dem Kreuzer „Albatros“ und dem Kanonenboot „Yorktown“ den Befehl erteilt, von der Magdalena-Bai sofort nach Corinto in Nicaragua abzugehen.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

Regierungsrat Fißler, Oberamtsvorstand in Baltagen, ist seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt worden. — Die Stelle eines technischen Kollegialrats bei der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau wurde dem Bauart Burger bei der Regierung des Schwarzwaldkreises übertragen, sowie der Amtmann Pfeleiderer bei dem Oberamt Bradenheim seinem Ansuchen entsprechend auf die Amtmannsstelle bei dem Oberamt Schorndorf versetzt. Die Eisenbahnpflichtigen I. Kl. Bogenhardt, Klopffächer und Steiner wurden zu Oberbahnassistenten in Vaußen a. W., Dietigheim und Schlingen ernannt. Eine Postgehilfenstelle in Ellwangen in der Postamtsleiterin Emma Joannis übertragen worden. Die Wahl des geprüften Assistenten Friedrich Arnold von Diefenbach, O. M. Maulbronn, zur Zeit bei der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung in Heilbronn zum Ortsvorsitzer der Gemeinde Steinsfeld, Oberamts Weinsberg, wurde von der Regierung des Redartrestes bestätigt.

Die Aufnahme der Volksschullehrer in das Beamtengefeh.

Die Finanzkommission behandelte unter verschiedenen zurückgestellten Fragen zu Art. I des Beamtengefeh, in erster Linie die Frage der Volksschullehrer in das Beamtengefeh. Hierzu liegt eine Resolution der Kammer vom Jahre 1907 vor, welche verlangt, daß die Regierung in der laufenden Etatsperiode die Frage in Berücksichtigung ziehen

Große klassische Leistungen erscheinen nicht plötzlich wie Meteore an beliebiger Stelle. Sie verlangen einen Boden der Kultur, sie wollen durch lange gemeinsame Arbeit vorbereitet sein.
Rudolf Enden.

Willst du Richter sein?

Roman von Maximilian Böttcher.
(Fortsetzung.)

Gesehen zwar hatte Gottfried die Geliebte schon ein paarmal — aber immer auf weite Entfernung, immer gleich dem Glid auf rollender Kugel, auf geschwindem Zweirad an ihm vorbeisauend. Denn auch unter den Damen Rodenhaus hatte der Bicyclesport bereits zahlreiche Anhängerinnen gefunden. Die Hebamme besuchte ihre Rundschau täglich hoch zu Stahloß, die Gattinnen des Kaufmanns, des Barbiers, des Bäckermeisters und des Schlächters radelten, wenn sie sich nicht gerade erzürnt hatten, an jedem Sonntag nachmittags gemeinsam in die Umgegend, und Erna Plathe fuhr auf ihrem blipfsanten amerikanischen Rover sowohl ins Feld zur Ausrichtung irgendeiner Bestellung wie auch nach Bertig zur Gesangsstunde bei der Tochter des Administrators und Amtsvorsehers Friebe, die so etwas wie eine verunglückte Konjertfängerin war, ländlich-unverwidelten Kunststinger aber allenfalls lehrsam befriedigen konnte.

Doch aus nächster Nähe in die Augen gesehen hätte Gottfried Reinhardt gern dem Mädchen, das ihm einst Träne für Leben und Sterben geschworen, und gefragt hätte er sie gerne, ob solche zwar ohne Zeugen, aber darum nicht weniger feierlich geleisteten Eide durch einen Justizirrtum oder ein väterliches Nachwort von Rechts wegen ihre Gültigkeit verlieren. So umschlich er denn an manchem Abend lange und bange mit klopfendem Herzen das Plathesche Grundstück, auf dem sich jetzt auch ein Prachtbau nach Art der „Villa Strohschein“ erhob, sogar einer mit einem „wildgewordenen“ Dach, das mit einem halben Duzend verschöndelter Türme und Erker in die Luft sprang. Ein paarmal bekam er die

Geliebte auch hier zu Gesicht — hinter den hohen, blanken Fenstern sah er sie inmitten desselben modern-geschmacklosen Möbelkrams, den sein Stiefvater einst für seines rechten Vaters sauer erworbene Hinterlassenschaft nach Rodenau geschleppt, und den die Mutter später, als die harten Zeiten für sie gekommen waren, an den reichen Plathe abgestoßen hatte. Auch singen hörte er Erna und Klavierpielen dazu — und alles kam ihm so fremd vor. War denn das überhaupt sein Mädels, sein vernünftiges, praktisches Bauernmädels, das früher so gern über seine Schwester Elisabeth Vorkiebe für „grobturischen Firtlesanz“ gepötte hatte, dem früher die Luft am emsigen Wirtschaften in Feld und Hof über alles gegangen war? Ach Gott, nur einmal sie fragen, nur einmal sie ausforschen bis zum Grunde ihres Herzens! Aber kein freundlicher Zufall führte ihm die Geliebte in die Hand.

Der gerade Weg zu ihr, ins Haus hinein, ging an ihrem Vater vorbei, und darum mochte Gottfried ihn nicht nehmen. An dem pomphaften Eisengitter vor dem Platheschen Neubau hing seit kurzem ein seines, blanklackiertes Schild. „Amt des Gemeindevorsehers.“ Und Gottfried wußte schon vom Dunkel Jörg, daß Plathe, nachdem er einen großen Komplex für gewöhnlichen Landwirtschaftsbetrieb nicht verwendbarer Debländereien um schweres Geld an die Verwaltung der Zerliser Rieselfelder verkauft, seine Wahl zum Ortsschulzen nach allen Regeln des Stimmenganges und der Besetzungskunst durchgesetzt hatte. Denn auch der Bauer wird eitel und geizt nach äußeren Ehren, wenn ihm sein Reichtum zu brüden anfängt. Und nur um die Ehre war es Plathe bei seiner Jagd nach Amt und Würde zu tun gewesen. Denn noch etwas mehr, als er für die Verwaltung des Postens an Gehalt bekam, zahlte er, der mit Stil und Orthographie auf argem Kriegsfuß stand, an den zweiten Rodenauer Lehrer dafür, daß dieser in den Nachmittagsstunden den Sekretär bei ihm spielte. Nur seinen Namen setzte er selbst unter alle Eingaben und Aktenstücke mit dem starken wuchtigen Schriftzug, den er dem Reichskanzler Bismarck, und mit dem viel-

jach gewundenen Schnörkel, den er dem alten Kaiser Wilhelm abgesehen hatte. Und stolz und mächtig wie ein Kaiser herrschte er vom Thron seines schweren Geldsackes aus über die Gemeinde, und Gottfried war sicher, daß er ihn, den Fuchthäusler, nicht viele Schritte über die Schwelle seines Hauses tun lassen würde.

Doch „einmal kommt das Glid zu jedem; er muß es nur festzuhalten wissen“, sagte der Seelenhirt Reimer wohl gelegentlich unter vier Augen zu einem Unzufriedenen seiner Herde, — auf der Kanzel natürlich konnte er kein Glid, da gab es nur „Gnadengehenke Gottes, ohne euer Verdienst und Würdigkeit!“ — Eines Abends spät, als Gottfried wie gewöhnlich das Hofstor absperrten wollte und dabei leise auf die Straße hinaustrat, noch ein Weilschen den schweren, süßen Duft der blühenden Linden einzuatmen, sah er im blassen Schein des schon wieder zunehmenden Mondes unter einem der alten Bäume am Straßengraben, das Antlitz den Fenstern seines Hauses zugewendet, eine Mädchengestalt stehen, die ihm wunderbar bekannt vorkam. Im Nu war er bei ihr, packte sie, die zu fliehen versuchte, am Handgelenk, und wirklich — sein Herz drohte ihm fast still zu stehen vor freudigem Schreck — Erna Plathe war's, die er da gefangen hatte.

„Also hat es dich einmal hergetrieben zu mir?“ Gegen das Glid, das ihn durchzitterte, kamen Trost und Bortwurf nicht merklich auf in seiner Stimme.

„Gib mich — — laß mich gehen. Wenn uns jemand sieht!“ Noch immer versuchte sie, sich seinem Griff zu entwinden.

„Ich lasse dich nicht fort, nun ich dich endlich einmal habe!“

„Mein Gott, wenn uns jemand sieht“, wiederholte sie, stehenden, beinahe weinerlichen Tones.

„Gibst du Angst, dein Vater könnt' dich schlagen? Bist du nicht majorem? Lauf ihm davon, dem Knallproh, komm zu mir — zu meiner Mutter ins Haus. Morgen befehl ich das Aufgebot — in vier Wochen sind wir Mann und Frau!“

(Fortsetzung folgt.)

hoffe. Das dies nicht geschehen, entschuldigt der Kultusminister mit Geschäftsüberhäufung. Der Minister geht dann näher auf die Frage ein, von der er voraussetzt, daß sie bei der Beratung der vorliegenden Novelle zur Sprache kommen werde. Ein starker Hauptgrund für die Wünsche der Lehrer sei weggelassen, seit die Einkommensverhältnisse der Lehrer Gehalt- und die Witwen- und Waisenpension der Lehrer ähnlich derjenigen der anderen Staatsbeamten geregelt sind. Außerdem sind von den 129 Artikeln des Beamtengesetzes entsprechende Anwendung auf die Volksschullehrer ent- nach 30 Artikel des Volksschulgesetzes dem Beamtenge- sprechen und nur 10 besondere Bestimmungen enthalten. So- lange die Gemeinden an den Gehältern der Volksschullehrer noch mitbestimmen müßten und dieselben noch Extrabehalte hätten, würden sich große Schwierigkeiten für die Aufnahme der Volksschullehrer in das Beamtenge- ergeben. Man müßte in diesem Fall die Sonderbestimmungen des Volksschulgesetzes mit berücksichtigen oder müßte das Beamtenge- abändern, was schwierig wäre in Hinblick auf die anderen Departements. Der Minister weist auch darauf hin, daß der Volksschullehrer größte Freiheit besitze, als die anderen Beamten. Uebrigens könne die Frage in 2 Jahren weiter verfolgt werden, an- lässlich der Aufbesserung der Beamtengehälter, wo auch die Gehaltsbezüge der Volksschullehrer geregelt werden müßten.

Der Referent Leschinska vertreibt nicht die Schwierig- keiten, die sich der Aufnahme entgegenstellen, aber er hält sie nicht für unüberwindlich. So gut der Lehrer an den höheren Schulen, an den Mittelschulen, an den höheren Mädchenschulen und an den Gewerbeschulen, bei welsch letzteren die Ge- meinde mindestens so beteiligt seien, als an den Volksschulen, in das Beamtenge- aufgenommen sind, so gut können auch die Volksschullehrer aufgenommen werden. Nachdem jetzt alle Unterbeamten nach 7 Jahren in das Ge- aufgenommen wür- den, könne man die Volksschullehrer nicht mehr ausnehmen und ihnen eine Sonderstellung zuweisen, namentlich auch in Bezug auf die Disziplinierung. Ein anderes Mitglied ist prinzipiell mit diesem Standpunkt des Referenten einverstan- den, hält aber die Regelung im Rahmen des vorliegenden Gesetzesentwurfes nicht für möglich, sondern erst bei der kom- menden Gehaltsordnung. Ein drittes Mitglied wies darauf hin, daß in keinem anderen Bundesstaat die Lehrer als Staatsbeamte aufgenommen seien. Das Verhältnis der Lehrer und der Schule zur Gemeinde und damit zu den Eltern dürfe nicht gelockert werden, was die Folge wäre bei einer Umänderung der Stellung der Lehrer. Die jetzige Art der Disziplinierung der Volksschullehrer sei für sie und die Ge- meinden günstiger, als bei den Staatsbeamten. Ein Ver- gleich mit den Unterbeamten sei nicht angängig. Der Lehrer stehe in einem ganz anderen Verhältnis zur Gemeinde und den Eltern, wie andere Beamte. Von vierter Seite wurde betont, daß in allen Bundesstaaten die Lehrer das gleiche Bestreben hätten, als Staatsbeamte aufgenommen zu werden. In Baden habe sich die zweite Kammer auch dafür ausge- sprochen.

Der Referent bringt nun folgenden Antrag ein: „Die Regierung zu ersuchen, in Verfolgung der Resolution der zweiten Kammer vom 21. Juli 1907 den Ständen einen Ge- setzentwurf, längstens bis zum nächsten Hauptfinanzetat vor- zulegen, der die Aufnahme der Volksschullehrer in das Be- amtenge- enthält.“ Der Kultusminister will diesem An- trag nicht entgegen treten, kann aber auch nicht für ihn ein- treten. Er machte noch einmal auf die Nachteile für die Lehrer aufmerksam in Hinblick auf die Nebenbezüge, nament- lich aber bei der Strafverfolgung, bei welcher das heutige Verfahren unstrittig mehr im Interesse der Schule liege. Die letzteren Interesse fallen namentlich schwer ins Gewicht und es sei nicht wünschenswert, alle die Verhältnisse immer an die große Glocke zu hängen. Ein Hauptgegenstandspunkt aber sei noch hervorzuheben. Mit der Aufnahme der Volksschul- lehrer als Staatsbeamte rüde die Frage der Verstaat- lichung der Volksschule in den Vordergrund und damit die Übernahme der Volksschullasten auf den Staat. Diese Frage sei aber zur Zeit noch nicht spruchreif und finanziell unmöglich. Auf Grund dieser Ausführungen sprachen sich verschiedene Redner gegen die Resolution aus und wiesen namentlich auf die Freiheit des Lehrers und die Freiheit des Lehrers hin, welche fallen müßte. Ein Mitglied, das der Re- solution zustimmen will, macht darauf aufmerksam, daß wenn der Lehrer Staatsbeamte werde, die Pflichten fallen müß- ten und daß die Gemeinden keine Verpflichtung mehr hätten, mehr als die gesetzlichen Beiträge an die Volksschule zu leisten. Der Antrag des Referenten wird hierauf mit 9 gegen 5 Stim- men angenommen. Bezüglich der händlichen Beamten wird der Beschluß auf die zweite Lesung verschoben. Damit ist die Beantwortung des Beamtengesetzes bis auf die zweite Lesung be- endet. Letztere kann vorerst noch nicht festgelegt werden.

Das obdachlose Heinedenkmal.

Seit einer Reihe von Monaten ist das vom schönen Wortu entfernte Heine-Denkmal entfernt und es lagert seitdem im Schuppen eines Hamburger Bürgers. Die größten Bemühungen frei gesinnter Bürger aus ganz Deutschland vermochten dem Denkmal im deutschen Reich ein Asyl bisher nicht zu verschaffen. Auch in Stuttgart wird der obdachlose Heine keine Ruhestätte finden. Hier liegen jedoch die Verhältnisse so, daß es rein sachliche Gründe sind, die für die Nichtaufstellung des Denkmals in der schwäbischen Residenz entscheidend waren. Von allen Seiten wird zugegeben, daß das Denkmal in seiner Ausführung nicht in eine jede Umgebung paßt. Der Dichter Heine hatte weiter zu Stuttgart keine weiteren „Beziehungen.“ Dazu kam, daß die Stadt Stuttgart von sich aus noch niemals einem Dichter oder sonst einer gro- ßen Persönlichkeit ein Denkmal erstellt hat. Diese Gründe waren es im großen Ganzen, die die innere Abteilung der Stuttgarter Stadtverwaltung veranlaßten, im Ge- meinderat zu beantragen, einer vor Wochen gegebenen Anregung keine Folge zu geben. Auch im Plenum des Gemeinderats konnte man sich diesen Gründen nicht ver- schließen. Bei der ganzen Sachlage dürfte sicher sein, daß unter anderen Verhältnissen das heimatlose Denkmal ein Asyl gefunden hätte und es kann nicht von einer „Ruder- schaft“ gesprochen werden, wenn Stuttgart's Tore für das Denkmal verschlossen sind. Was wird nun aus dem Denk- mal geschehen?

Uns fällt hierbei ein Vorgang ein, der sich im Jahre 1899 abspielte. Schon nach dem 100. Geburtstag Heine's fanden sich im ganzen Reich Männer aus allen Parteilagern, die Heine ein Denkmal setzen wollten. Doch blie- ben alle diese Bestrebungen ohne jeden Erfolg. Ja, ein- zeln Stadtverwaltungen, so z. B. Düsseldorf und Mainz empfanden sich gegen die Zumutung, Heine einen freien Platz für sein Standbild einzuräumen. Heute ist es nun in- teressant, was mit dem damaligen heimatlosen Denkmal geschah. Es mußte auswandern! Auf nach Amerika, war die Parole. „Auf nach jenem Lande des Dollars,“ schrieb Konrad Hauffmann am 4. August 1899 in einem Stutt- garter Blatt, „auf das unsere Idealisten ganz von oben herabsehen, weil es „an Bildung so tief unter uns steht.“ In der größten deutschen Stadt Amerikas, in Newyork, wurde dem Denkmal auf das bereitwilligste eine Heimat gewährt. Bei der Einweihung, die von Deutschen aus ganz Nordamerika besucht war, wandte sich der Präsident

des Heine-Denkmal-Ausschusses Dr. Ernst Richard in ei- ner gehaltvollen Ansprache an seine deutschen Landesleute und erinnerte an Heine's Verse:

Die Philister, die beschränkten,
Diese geistig Eingekerkerten,
Daß man sie und immer neuen,
Über weite Flügel derzen,
Wissen stets in unseren Schergen
Lieb und Freundschaft zu entdecken.

Dann aber fuhr der Präsident fort:
„Einen Sieg des freien Menschentums über das Phi- listerium bedeutet auch der heutige Tag — denn in diesem Denkmal ehren wir nicht nur den Dichter, den Meister der deutschen Sprache, den Kämpfer im Befreiungskampfe der Menschheit; es ist nicht nur ein deutsches Kunstwerk, ein herrliches Geschenk, welches wir als neuen Schmuck unserer schönen Stadt darbringen; die Enthüllung dieses Denk- mals bedeutet mehr: Sie ist ein Protest freier Amerika- ner gegen deutsche Enggherzigkeit, ein Mahnruf, der dem deutschen Volke die Schamröde ins Gesicht treiben soll.“
Ob es wohl jetzt anders wird? Deutschland hat an Aufklärung 10 Jahre gewonnen. Aber auch heute ver- mag ein Heine-Denkmal keine Heimstätte zu finden. Es wird auch wohl jetzt nach dem Lande der freien Amerikaner auswandern müssen.

Zur Präsidentenwahl im Reichstage.



Dr. Spahn, Graf Stolberg

Bei der stattgefundenen Wahl des Reichstagspräsidenten wurde der bisherige Präsident Graf Stolberg mit 356 von 367 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Zum ersten Vize- präsidenten wurde Dr. Spahn (Zentrum) gewählt. Der zum zweiten Vizepräsidenten gewählte Dr. Baasche erklärte unter lebhaftem Beifall der Linken, daß er nach einstimmigen Be- schluß seiner Fraktion die Wahl nicht annehmen könne. Die definitive Wahl des zweiten Vizepräsidenten sowie der Schrift- führer steht zur Zeit noch aus. Unsere Bilder zeigen den Präsidenten und den ersten Vizepräsidenten, die bekanntlich beide seit Jahren dem Reichstage angehören.

Gemeinderatswahlen.

Vaihingen a. G., 3. Dez. Die gestrige Gemein- de-ratswahl fand unter starker Beteiligung statt. Von 447 Wahlberechtigten haben 317 abgestimmt. Es wurden ge- wählt: Karl Conradt, seitheriger Gemeinderat; A. Gluck, seitherig, Gemeinderat; C. Carl, Bürgerausschuhobmann; Hermann Geßler, Landwirt und Buchdruckereibesitzer Bart- holomä, letzterer auf zwei Jahre.

Göppingen, 2. Dez. Bei der gestrigen Gemein- de-ratswahl wurden von der Liste der bürgerlichen Parteien und Vereinigungen 2 Kandidaten gewählt und zwar Brod- beif mit 1729 St. und Haug mit 1525 St., von der sozial- demokratischen Liste 3 Kandidaten: Schlegel, Landtags- abgeordneter mit 2517 St., Seiß, Unterschultheiß in Wäl- denbrunn mit 2168 St. und Rölle, Fabrikant, mit 1971 St., ferner der keiner Partei angehörende seitherige Ge- meinderat Bießing mit 2777 St. Von 4443 Wahlberech- tigten wurden insgesamt 2956 gültige Stimmen abge- geben.

Stuttgart, 2. Dez. Die konservative Par- tei und das Zentrum hat ihre Listen für die be- vorstehende Gemeinderatswahl vereinigt. — Der Ge- meinderat hat beschlossen, der Anregung zur Aufstel- lung eines Heinedenkmal in Stuttgart keine Folge zu geben.

Ulm, 2. Dez. Im Jahre 1908 hatte die städtische Sparkasse 1 085 527 M. Einnahmen und 1 071 407 M. Ausgaben zu verzeichnen, sodas sich ein Ueberchuß von 14 119 M. ergibt. Am 1. Januar 1908 belief sich der Einlagebestand auf 661 392 M., neu eingelegt wurden in 9662 Posten 568 045 M., ausbezahlt in 2743 Posten 367 904 M., woraus sich ein Zuwachs von 224 003 M. ergibt. Einleger bis zu 100 Mark Einlage waren es 1573, bis 200 M 416, bis 500 M 562, bis 1000 M 223. Für die noch junge Anstalt bedeutet der Jahres- abschuß ein günstiges Ergebnis.

Ulm, 3. Dez. Infolge einer Anregung des evan- gelischen Schulinspektors soll hier an den Volksschulen das achte Schuljahr eingeführt werden. Es muß zur Zeit aber davon abgesehen werden, da keine Räume zur Verfügung stehen, um die Klasse aufzunehmen. Erst wenn die für die nächsten Jahre notwendig werdenden Schulhausneubauten ausgeführt sein werden, will man das achte Schuljahr einführen.

Ulm, 2. Dez. Eine aus den Bezirken Neu-Ulm, Al- kettissen, Remmingen und Kempten sehr haef besuchte Versammlung, die gestern in Neu-Ulm tagte, nahm eine Resolution an, in der ein rascher Abschluß der Verhand- lungen zwischen Württemberg und Bayern wegen Aufstel- lung der Allernwasserkräfte verlangt, die Wahrung der Rechte der bereits bestehenden Wasserkraftanlagen ge- wünscht und gebeten wird, daß auf eine wesentliche Verein- fachung und Abkürzung des Konzessionsverfahrens bei Wasserkraftanlagen Bedacht genommen und insbesondere darauf gesehen wird, daß jeder der beiden Staaten die bei ihm anhängigen Konzessionsgesuche ohne Anhörung des Nachbarstaates erledigen kann. Die Resolution wird von den Vorständen der Handelsgemeinden Neu-Ulm, Remm- ingen und Kempten, die die Versammlung einberufen hat- ten, dem k. bayerischen Staatsminister persönlich über- reicht.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesell- schaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und

aus Vorträgen, die an uns gelangen, erfahren, wird neuer- dings an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Sach- sens, Thüringens und Böhmens, seitens einer „Deutschen Luftschiffahrt-Gesellschaft“ das Ansuchen gerichtet, ihr Ter- rain für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungsplätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verwechslung Anlaß gegeben, als ob die kürzlich in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital gegründete „Deutsche Luftschiffahrts-Aktien- gesellschaft“ hinter diesen Plänen stehe. Das ist nicht richtig. Die Deutsche Luftschiffahrts-Aktien-gesellschaft be- schränkt sich vorerst bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die verfügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden, nach Vollziehung der Frankfurter B. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Nah und Fern.

Eine Massenvergiftung.

Aus Hamburg wird vom 2. Dez. gemeldet: Unter Sec- gittungserscheinungen sind gestern in der Irenenkastl Fried- richsberg nach dem Genuß von Reis mehrere Hundert Per- sonen erkrankt, von denen zwei nach einigen Stunden ge- storben sind. Die vorgefundenen Speisereste werden im ba- teriologischen Institut untersucht; da nach Aussage der Köche der Reis einwandfrei gewesen ist, nimmt man an, daß es sich um einen Vergiftungsversuch handelt. — Wie die Polizei- behörde mitteilt, bieten die Massenvergiftungen in Friedrichs- berg keinerlei Anlaß zur Beunruhigung. Allem Anschein nach liegt keine Vergiftung vor. Die Ursache der Durchfälle, die am Montag Nachmittag bei den Erkrankten eintraten, ist allerdings noch nicht ermittelt. Zwei schwächliche Frauen sind unter Erscheinungen von Herzschwäche gestorben. Alle anderen Kranken sind heute bereits wieder völlig genesen.

Kleine Nachrichten.

Zwischen Unterlenningen O. Kirchheim und dem Haltepunkt Bräden sind infolge des Sturmes, der in der Nacht geherrscht hat, Telephon- und Telegraphen- drähte abgerissen worden. In diesen Drähten verwick- kelte sich der erste Zug nach Oberlenningen, so daß er wegen der Fahrhindernisse auf freier Strecke anhalten mußte. Außer einer geringen Verspätung hatte das Vor- kommen keine weiteren Folgen.

Bergangene Woche wurden in Salach O. Göp- pingen mehrere noch nicht 20 Jahre alte Mädchen, die von auswärtig in einer dortigen Fabrik beschäftigt sind, durch den Landjäger verhaftet. Sie sollen sich gegen das heimende Leben vergangen haben und sind zur Un- tersuchung dieser Angelegenheit in Haft genommen worden.

Die Frau des Küfers Roh in Altensteig war auf der Bühne beschäftigt und hatte zu diesem Zweck den Bühnen- laden geöffnet. Das dreijährige Söhnchen brangte sich zu weit hinaus und bürzte vor den Augen seiner Mutter in den Hof hinunter, es war nach kurzer Zeit eine Leiche.

Gerichtssaal.

Die Folgen eines unerlaubten Verhältnisses.

Heilbronn, 2. Dez. Wegen Meineids hatte sich heute der 50 Jahre alte verwitwete Tischneider Hein- rich Amann von Birmasens, wohnhaft in Heilbronn, zu verantworten. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Egg- mann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Frank, die Verteidigung führt RA. Köfkin. Die Anklage legt ihm zur Last, er habe in einer Verhandlung vor dem Schöf- fengericht am 8. Sept. als Zeuge in einer Klagsache gegen den Tagelöhner Chr. Herrmann ausgesagt, er habe nur einen Brief von der Frau des Angeklagten er- halten und ferner die Frage, ob er mit der Frau Herr- mann geschlechtlichen Verkehr gehabt habe, verneint, ob- gleich er gewußt habe, daß diese Angaben unwahr seien. In der fraglichen Gerichtsverhandlung handelte es sich um die Anklage gegen den Tagelöhner Chr. Herrmann wegen Körperverletzung, begangen an seiner Frau. In dieser Klagsache wurde der Angeklagte, der mit dem Herrmann'schen Ehepaar in einem Haus wohnte, als Zeuge vernommen. Er sah, wie Herrmann seine Frau, die aus der Wohnung schlüpfte, auf dem Hausgang schlug. Um dieses Zeugnis zu erschüttern, wurde dem Zeugen von der Verteidigung die Frage vorgelegt, ob er mit der Frau Herrmann, die ihren Mann verlassen und nach Heidenheim gezogen war, im Briefwechsel stehe, worauf er antwortete, er habe nur einen Brief von ihr er- halten. Ferner auf die Frage, ob er mit ihr in ge- schlechtlichem Verkehr gestanden, mit Nein geantwortet. Eine Belehrung darüber, daß er auf diese Frage die Antwort verweigern könne, wurde ihm vom Vorsitzenden nicht zu Teil. Der Angeklagte sagt, es sei ganz un- glaublich, daß er einen Meineid begangen habe. Er habe die Frage des Briefwechsels dahin verstanden, ob die Frau Herrmann ihm öfter wegen der Gerichtsver- handlung geschrieben habe und darauf habe er gesagt, sie habe nur einmal wegen der Gerichtsverhandlung an- gefragt und darauf habe er geantwortet. Die übrigen Briefe handelten nicht um die Gerichtsverhandlung, er habe die Briefe sofort dem Fahndungsinspektor ausge- liefert, als die Anzeige gegen ihn erfolgt sei. Die Frage über die geschlechtlichen Beziehungen müßte er nicht ge- hört oder nicht verstanden haben, sonst hätte er mit Ja geantwortet. Amtsrichter Flaßland, der die schöf- fengerichtliche Verhandlung leitete, weiß sich der Ein- zelheiten der Fragen nicht mehr bestimmt zu erinnern. Die Frage nach dem intimen Verkehr sei von der Ver- teidigung gestellt worden, in welcher Form wisse er nicht mehr. Er habe auf das Zeugnis Amanns keinen gro- ßen Wert gelegt, da die Sachlage durch die voraus- gegangenen Zeugnisse völlig klargestellt war und der Angeklagte zur Sache selbst nichts wesentliches zu so- gen wußte. Es sei bereits festgestellt gewesen, daß die Frau zuerst geschlagen hatte und daß sie ihrem Mann an Körperkraft überlegen war. Notariatsassistent RA. ler, der das Protokoll in jener Verhandlung führte, weiß sich bestimmt zu erinnern, daß eine auf den in- timen Verkehr gerichtete Frage gestellt wurde und daß der Zeuge diese Frage verneint hatte. Ueber die Frage der Briefe weiß dieser Zeuge und wissen auch die an-